

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gemalt und Betriebsführung erfinden den Verlag für den Halterung für Verlagsgesellschaft und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Preis: 10 Pfennig. Für den Abnehmer: 10 Pfennig. In den Abonnement: 10 Pfennig. In den Abonnement: 10 Pfennig. In den Abonnement: 10 Pfennig.

Nummer 37

Halle, 15. September 1928

4. Jahrgang

Die beiden Thesen in Genf

Die deutsche Abordnung ist unter Führung des Kanzlers ohne besondere Erwartungen nach Genf gegangen. Auch die öffentliche Meinung war von vornherein pessimistisch eingestellt und verwarf sich feinerlei gelobte Ergebnisse von den Verhandlungen, die nur formell beginnen sollten, nachdem vorhergegangen war die Besetzung der Reichsregierung, die sich nicht nur als einseitig, sondern auch als eine unzulässige Verletzung der deutschen Souveränität darstellte. Die Besetzung der Reichsregierung durch die französische Regierung, die sich nicht nur als einseitig, sondern auch als eine unzulässige Verletzung der deutschen Souveränität darstellte. Die Besetzung der Reichsregierung durch die französische Regierung, die sich nicht nur als einseitig, sondern auch als eine unzulässige Verletzung der deutschen Souveränität darstellte.

solcher Bemühungen abhängig machen, denn das würde im Grunde nur bedeuten, daß wir auf diesem Wege doch in die Verquickung einwilligen. Wo hier ein Kompromiß gefunden wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. Während der Tagung des Völkerbundes wird die Lösung vermutlich nicht gefunden werden.

Die Abklärung

In der französischen Delegation und dementsprechend in der französischen Presse herrschte großes Erstaunen, als der Kanzler seinen Vorschlag in der Vollversammlung unterwarf. Dabei war das schon von Stresemann in einer Märztagung des Reichstages angekündigt worden. Es ist natürlich möglich, daß die Worte Hermann Müllers scharf ausfallen, weil die Verhandlungen bis dahin über die Räumung ergebnislos verlaufen waren, aber an sich haben beide Fragen auch nichts miteinander zu tun. Wenn in einem dieser Blätter gesagt wird, der Reichsausschuss wäre die einzige Vorbedingung gewesen, so ist das ebenso, wie darf man nicht übersehen, daß Müller als Sozialdemokrat diese Frage nicht als eine außenpolitische betrachtet, sondern als eine internationale Programmfrage seiner Partei, die sie in allen Ländern mit gleicher Heftigkeit betrifft. Das Paul-Boncour dabei eine unzulässige Annahme macht, ändert an der Einstellung der Sozialisten nichts. Es war auch dringend notwendig, daß hier einmal offen gesprochen wurde, nachdem die Kommission des Völkerbundes seinen Schritt vorwärts gekommen sind, und der Wille zur Einigung durch die Entscheidung gereizt ist. Einzelne Wendungen des Kanzlers soll Briand über vernommen haben. Namentlich die von dem doppelten Gesicht der internationalen Politik. Treiß das zu, so wäre es bedauerlich, wenn diese Worte nicht die richtige Wirkung auf den Völkerbund, nicht gegen eine einzelne Macht und gegen die Beschleunigungstakt vieler Staaten, unter denen allerdings Frankreich eine hervorragende Rolle spielt. Briand hat sich dann eben einen Schuß angezogen, der ihm schadet. Zu seiner Heftigkeit lag kein Grund vor. Wir beklagen sie, weil dadurch sein Lebenswert gefährdet wird. Er ist der Mann der Verständigung, einer ihrer Urheber und einer ihrer wichtigsten Träger. Daß er dabei nicht freundschaftlichen Tadeln kann, hat ihm ja wohl, trotzdem die Rede Lord Curzon's gezeigt, der zwar jede Kritik vermindert, aber doch abriet.

Verständigungspolitik?

Es ist nicht überaus schwierig, daß sofort die Frage aufgeworfen wird, ob die bisherige Politik weiter fortgesetzt werden kann, ob es überhaupt einen Sinn hat, in der gleichen Richtung tätig zu bleiben. Die Antwort kann nur ein glattes Ja sein. All die Kritiker überlegen, daß sie uns bisher keinen ernsthaften Vorschlag machen konnten, der auch nur der Erhaltung Wert gewesen wäre. Eine Einigung an Ausland ist ausgeschlossen. Einmal bedeutet die bolschewistische Propaganda, die nicht ausgehen werden ist, eine dauernde Gefahr, so kann verfügen auch die Sowjets über feinerlei Mittel. Ihre Schikane reicht für eine Offenbar bestimme nicht aus. Dabei wollen wir die neuen Meldungen über eine Weltverweigerung und bedeutende Veränderung in der russischen Arme nicht einmal in Betracht ziehen. Europa kann nur seinen Wiederaufbau mit Erfolg betreiben, wenn es zur Einigung gelangt. Gelegentliche Mißverständnisse dürfen diese Klar Erkenntnis nicht verschleiern.

Deutschnationale Agitation

Sobald die ersten Nachrichten über die Rede Helands eintrafen, meldete sich auch schon die deutschnationale Presse mit dem Wort. Sie verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß man die notwendigen Folgerungen aus ihr ziehe, was doch nur heißen kann, daß man einen Kurswechsel vornimmt. Besonders erheitert dürfte dabei, daß man nämlich für die Ehre des Kanzlers beforgt war, denn man immer beklammert hatte und dem man noch bei der Übernahme seines Postens vorwarf, er habe kein Geschäft für deutsche Ehre, da er seinerzeit den Friedensvertrag unterzeichnet hätte. Das war etwas die aufgetragen. Mit Recht werden die Deutschnationalen daran erinnern, daß sie ja im Reichstag die Erfüllung unserer Pflichten durchgehört haben, obwohl das doch eigentlich weit mehr gegen den nationalen Ehrgeiz verstoß als die Entgegnungen des französischen Ministers, die ja nur in Worten und nicht in Taten wie damals bestanden. Daß damit die Einheitsfront gestrichen wird, über diese „nationalen“ Kreise nicht im mindesten, und dabei haben sie, als die der Macht waren, nicht den leichsten Versuch unternommen, die ihnen so gefährlich erscheinende Außenpolitik irgendwie zu beeinflussen.

Panzerkreuzer A

Man soll die grundsätzlichen Erörterungen über den Bau des Panzerkreuzers beiseite lassen. Die Entscheidung darüber ist sehr schwer. Es kann sehr viel dagegen gesagt werden und man kann darüber im Zweifel sein, ob auch nur jene Auffassung zutrifft, daß wir die Zugeländnisse des Versailles Vertrages ausführen müssen oder daß man gerade für die Abrüstung sich nicht von vornherein jeder Waffe begeben soll. Darauf kommt es in diesem Augenblick nicht an. Bei den Verhandlungen über den Dausfall wird ja darüber noch gesprochen werden müssen. Aber eines muß mit aller Bestimmtheit gesagt werden. Diese ganze Geschichte lohnt keine innere Krise, deren Folgen heute nicht abzuschätzen sind. Wäre es zu einem Rücktritt der sozialdemokratischen Blätter gekommen, so hätte, da eine Neubildung der Regierung auf anderem Wege nicht möglich ist, die Auflösung mit Neuwahlen erfolgen müssen. Die Sozialdemokratie hätte zweifellos schwere Verluste an die Kommunisten erlitten. Das jedoch wäre nicht nur für die Konsolidierung, des Reiches und der Wirtschaftsverhältnisse geradezu verhängnisvoll geworden, sondern hätte auch angefangen für schlechten Konjunktur und der steigenden Zahl der Erwerbslosen erhebliche Gefahren heraufbeschworen. Sogar kommt, daß wahrscheinlich die Zersplitterung weiter gehen würde. Gerade wer eine Demokratisierung des Staatswesens erstrebt, wird das für ein Unglück halten. Deshalb ist das tatsächliche Gesicht der Sozialdemokraten rechtlos anzuerkennen. Der Parteienausbruch hat die Haltung der Minister mühselig und sich gegen ein Gesprochen, was sein gutes Recht ist. Aber er wollte von einer Krise nichts wissen, er hat auch sich einstimmig gegen das kommunistische Volk bezeugen gewandt, das ja nur Nationalsozialisten dient. So hat es die am 15. September 1928.

Graf Brockdorff-Rangau

Richtig und unerwartet ist Brockdorff-Rangau aus dem Leben geschieden. Wir sind nicht richtig genug an Staatsmännern, um seinen Verlust leicht zu verkraften. Er gehörte zu den besten, die uns die Weltkenntnis der Vergangenheit hat. Mit Dank erinnern wir uns an seine Haltung in Versailles, wo seine Ergebenheit im Sinne nationaler Würde ausgesprochen gewirkt hat. Er hat in allen Zwischenfällen die Beziehungen zu Ausland aufrecht erhalten und sich damit ein Verdienst erworben. Diese Söhne der Aristokratie, die äußerlich all ihre Merkmale tragen, ist ein tapferer Bekämpfer des demokratischen Gedankens gewesen: schon zu einer Zeit, als das seine Förderung verprochen. Ehre seinem Angeben. Er wird schwer zu ersetzen sein. Richard Mah.

Reichsbankpräsident und

Landwirtschaftshilfe

Auf dem Bankiertag in Köln stellten Fragen der Landwirtschaft eine besondere Rolle und wurden von führenden Finanzleuten erörtert. Einen besonderen Höhepunkt der Aussprache bildete das unermarckte Eingreifen des Reichsbankpräsidenten in diese Debatte. Dr. Schacht kennzeichnete die Beschränkungen, denen die Reichsbank in ihrem geschäftlichen Bereich mit der Landwirtschaft unterliegt und die es ihr nur möglich machen, Wechselkredite zu gewähren. Er betonte, daß es wünschenswert sei, diese Beschränkungen so abzuändern, daß auch andere Geschäfte mit der Landwirtschaft für die Reichsbank zulässig würden, und er legte sich dabei auf das Beispiel und die guten Erfahrungen anderer Länder, besonders Amerikas. Von höchster Aktualität war die Mahnung des Reichsbankpräsidenten, sich soweit als irgend möglich, von ausländischer Hilfe unabhängig zu machen. Die Hoffnung auf ausländische Hilfe, so betonte Dr. Schacht unter deutlicher Bezugnahme auf die Entwicklung der Dinge in Genf, ist ein Alibi, das ich auch nicht mit einer Karte in meine Bilanz einstellen möchte, dagegen muß das Vertrauen in unsere eigene Kraft 100prozentig bei uns zu Hause liegen. Der stürmische Beifall, mit dem der Bankiertag diese Anspielung und Mahnung aufnahm, zeigt, daß auch hier der Wahrung, die am Montag unvermeidbar war, alsbald wieder Selbstvertrauen und Selbstvertrauen gefolgt sind und daß man in ruhiger Zurechtfindung der politischen Entwicklung, die die wirtschaftliche Lage auslösende bedingen wird, entgegensteht.

Die Räumung

Es mag durchaus zutreffen, daß auf deutscher Seite tatsächliche Ungleichheiten begangen worden sind. Das Pariser in Genf ist sehr alt. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, nicht erst mit den Franzosen allein zu verhandeln, sondern sich sofort an alle beteiligten Mächte zu wenden. Man ist ja bekanntlich immer klüger, wenn man von Mahnung kommt. Entgegenstand kann es nicht sein. Ist es auch gar nicht. Die Vorbereitungen haben ja bereits gezeigt, daß sich zwei Parteien gegenüber stehen. Namentlich in der Beratung der sechs Mächte — man hat auch Japan in letzter Stunde zugezogen — traten sie unvermittelt einander gegenüber. Deutschland beruft sich auf den Artikel 432 des Versailles Vertrages wonach die Räumung vorzeitig zu erfolgen hat, wenn wir den guten Willen zeigen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Anschauung ist auch in dem Rotenbuch von Locarno unbestritten zum Ausdruck gekommen und wurde noch kürzlich von Lloyd George in seiner Unterredung als richtig bezeichnet. Sie stimmt mit dem überein, was bei den Beratungen über den Friedensvertrag selbst allseitig ausgesprochen wurde. Frankreich hingegen bezeichnet die Befragung als ein Band für die Sicherheit und für die Reparationsleistungen. Welches ist falsch. Stellt man sich einmal formal oder sachlich. Im Dörschplan sind ausdrücklich alle Sanktionen abgelehnt worden. Im Grunde genommen ist auch eine Fortdauer der Befragung nicht anders als eine Sanktion, als ein Druckmittel, um Deutschland zu Zahlungen anzuhalten, während ja gerade das Wesen des Darlehensplans darin besteht, die Frage aus der Politik herauszunehmen und dort hin zu übermitteln, wo sie gehört, in die Wirtschaft. Eine Sicherheit aber ist überflüssig, nachdem Deutschland in den Locarno-Verträgen auf jede gewaltsame Veränderung seiner Grenzen verzichtet hat. Entweder genügen sie, oder man fragt sich begreifens, wozu dann fernerlich diese alle vollzogen wurden.

Die Verquickung

Hermann Müller hat bei den Besprechungen den deutschen Reichsfinanzrat gewahrt. Das war unbedingt erforderlich, nachdem durch die sehr geladene französische Agitation die Leichtigkeit der Verquickung gestiftet wurde. Selbstverständlich kann man von ihm abweisen, nur muß das dann als ein Entgegenkommen angesehen werden. So ähnlich hat es Stresemann bei seiner Unterredung mit Poincaré dargestellt. Deutschland entzieht sich nicht einer freiwilligen Mitarbeit an der Regelung der internationalen Schuldensachen und ist auch bereit, die Vermittlung zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu übernehmen. Aber das ist ein Zugeständnis, wenn natürlich auch in eigenen Interesse, und hat mit der Räumungsfrage nicht das Mindeste zu tun. An sich müssen beide getrennt behandelt werden. Reist Parallele behauptet, der Kanzler habe in der Konferenz am Dienstag einen Plan vorgelegt, der von allen anderen als ungenügend verworfen wurde. Wir wissen darüber noch nichts, halten aber diese Darstellung für durchaus glaubwürdig. Deutschland zeigt eben keine Gemütsheiligkeit, über die Reparationen zu verhandeln, kann aber nicht die Befreiung des Rheinlandes von dem Erfolg

Beamtenfragen

Nachträgliche Pensionserhöhung

Infolge einer neuerlichen Reichsgerichtsentscheidung, die eine Befoldungsanwartschaft aus dem Jahre 1930 als verfallungswidrig erklärt und jetzt einer Kategorie von Anwartschaften nachträglich und rückwirkend ihre Pension erhöht. Das ist so gekommen: Durch Gesetz vom 12. 9. 1919 wurde die Pension der über 65 Jahre alten Reichsbeamten, die bis zum 31. März 1920 in den Ruhestand traten, um 10 vom Hundert, mindestens um 300 Mark erhöht. Als nun das Befoldungsgesetz vom 30. April 1930 sämtliche Pensionen höherer Angehörigsklassen gewährte, war die Paritätveranlassung ebenso wie die Regierung der Meinung, daß damit den Anwartschaften dasjenige gewährt worden sei, worauf sie nach dem Gesetz von 1919 Anspruch hätten. Deshalb wurde in das neue Befoldungsgesetz eine Bestimmung eingefügt (§ 22 Abs. 3), wonach das Gesetz vom 12. September 1919 auf Beamte, deren Pension unter Zugrundelegung des Befoldungsgesetzes von 1920 berechnet wird, nicht mehr anzuwenden sei. Das Reichsgericht hat sich jedoch in einem vor einigen Monaten ergangenen Urteil auf den Standpunkt gestellt, daß die unter das Gesetz von 1919 fallenden Pensionäre einen lebenslänglichen Anspruch auf 10prozentige Erhöhung ihrer Pensionen gegenüber der sonstigen reglementarischen Grundzüge für Beamte. Mit § 22 Abs. 3 des Befoldungsgesetzes von 1930 habe der Gesetzgeber in ein mehrerwähntes Recht der nach Maßgabe des Gesetzes von 1919 in den Ruhestand getretenen Beamten eingegriffen und somit, da das Befoldungsgesetz kein verfallungswidriges Gesetz gewesen sei, den Artikel 129 der Reichsverfassung verletzt. Der erwähnte Absatz sei daher allein auf Grund des Gesetzes von 1919 in den Ruhestand getretenen Beamten gegenüber unzulässig. Die in diesem Gesetz vorgezeichnete Wiedereinstufung von 300 Mark sei allerdings, da eine Wiedereinstufung nicht stattgefunden hat, jetzt bedeutungslos. — Bei dieser Rechtslage, die nunmehr der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die Bezüge aller unter das Gesetz vom 12. 9. 1919 fallenden Anwartschaftsempfänger und Hinterbliebenen der Reichsgerichtsentscheidung entsprechend erhöht werden, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1924 ab.

Republikanische Beamte in der Republik

Auf dem 9. Beamtentag der Deutschen Demokratischen Partei in Regensburg ist u. a. nachdrücklich die Entschärfung gefordert worden: „Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Beamten, besonders in maßgebenden Stellen, von Beamten verachtet wird, die der Republik feindselig gegenüberstehen, und sie aus Befähigung beschnitten. Die deutschen demokratischen Beamten halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß der republikanische Staatsangestellte, daß vor allem alle leitenden und leitenden Staatsbeamten, die in der Republik der Personal- und Staatsverwalter, die in der Republik der Republikaner befehligt werden, bei denen aber auch die Beweise besteht, daß sie von dieser sozialen Einstellung durchdrungen sind. Die deutschen demokratischen Beamten erwarten, daß bei der Auswahl der Personen für diese Staatsämter nicht nach einseitigen parteipolitischen Rücksichten verfahren wird, sondern daß Mitglieder aller republikanischen Parteien unter gleichberechtigter Berücksichtigung der deutschen demokratischen Beamten erheben ferner die Forderung, die Aufsteigsmöglichkeit besonders befähigter Beamten entsprechend dem Wesen ihrer wahrhaften Demokratisierung der Verwaltung sicherzustellen.“

Die Personalakten der Beamten

Gegen schwarze Listen.

Der meiste Beamtentag der deutschen demokratischen Beamten in Regensburg hat den Vorstand des Reichsausschusses der demokratischen Beamten beauftragt, unverzüglich energische Schritte bei den Reichstags- und Landtagsfraktionen zu unternehmen, damit die Handhabung über die Befähigung der Eintragslisten von Disziplinarräten aus den Personalakten der Beamten nach folgenden Grundsätzen eingehend geregelt wird: 1. Die Befähigungslisten von 10 und fünf Jahren für die Beförderung der Strafen sind wesentlich herabzusetzen. 2. Die Strafbemerkungen in den Personalakten sind nicht nur zu löschen, sondern aus den Akten selbst zu entfernen und zu vernichten. Dasselbe gilt für alle Hinweise in den Akten, die auf diese Strafen Bezug nehmen. 3. Die in Sammelaktenfäden aufbewahrten, angehefteten Bemerkungen von bereits gelöschten Strafen, sind ebenfalls zu vernichten. 4. Alle Eintragslisten in den Akten über dienstliche oder außerdienstliche Verhältnisse, die keine Ordnungsmasse nach sich gezogen haben, sind aus den Akten zu entfernen und zu vernichten. 5. Die Bereinigung der Personalakten ist vor jedem Gebrauch der Akten nachzuführen. Die bisherige Handhabung läßt z. B. durch den Reichsausschuss Staatsministerialrat vom 18. August 1913 die Möglichkeit offen, daß nach oder nach einer verhältnismäßig langen Bemerkungsfrist die Strafen gelöscht und aus den Personalakten entfernt werden, aber in den jenen Sammelaktenfäden aufbewahrt werden. Es ist also praktisch stets die Möglichkeit gegeben, die längst gelöschten Strafen zu Ungunsten des Betroffenen zu verwenden. Die praktische Auswirkung der Beförderung in den Personalakten ist die, daß der Vorgang über Disziplinarräten aus den Personalakten wohl entfernt, die Bemerkungen selbst aber durchstrichen und dadurch erst auffällig in den Akten werden. Damit wird also eigentlich das Gegenteil von dem Gewollten bewirkt. Dieses auszuschließen und in Reich und Ländern eine einheitliche Regelung herbeizuführen, ist Zweck und Ziel der demokratischen Forderung. Die Umgehung des Verbots, schwarze Listen zu führen, ist auf das schärfste zu ahnden.

Handwerker-Versicherung im Alter

Ein Vorschlag zu ihrer Regelung

Von Ehrenobermeister Wilhelm Knieß, M. d. Pr. L., Kassel

Es ist anzuerkennen, daß der heutige Staat demüht ist, möglichst weite Kreise unseres Volkes bei Krankheit, Alter, Gewerbslosigkeit usw. vor äußerster Not zu schützen. Diese Forderung ist um so mehr geboten, weil durch die lange Arbeitslosigkeit viel Not und Unterernährung entstanden ist und nur ein kräftiges Volk den Wettbewerb mit anderen Völkern aufnehmen kann.

Eine Ausnahme in dieser sozialen Fürsorge macht nur der gewerbliche selbständige Mittelstand, und hier insbesondere das Handwerk. Nur weiß ich, daß Bestrebungen im Gange sind, das

Selbständige Handwerk bis zu einem gewissen Einkommen, den staatlichen Versicherungsanstalten zwangsweise anzuschließen.

wie Ortsrentenempfänger, Alters- und Invalidenversicherung usw. Dem widerspricht das Handwerk; weil die Handwerker wissen, daß dieses nicht etwa aus Liebe zum Handwerk geschieht; weil auch bei der Art der Zusammenfassung der Beiträge in den staatlichen Versicherungsanstalten, das Handwerk wenig oder gar nichts zu sagen hätte.

Nun gibt es in jedem Handwerkerzweig einen kleinen Teil der Berufsbeholdungen, welche sich im Verhältnis zu sehen; sie haben, durch verschiedene Umstände verursacht ein Einkommen, das sie vor Not im Alter schützt. Aber das sind doch nur verschwindend wenige. Die große Mehrheit des Handwerks hat keinen leichten Stand, die Löhne im Betrieb gehen alles auf, die Ansprüche der Verbraucher, auch des Publikums, werden größer, die Konkurrenz der Großbetriebe, der Genossenschaftlichen immer vielfältiger. Hinzu kommt, und das besetzt trifft auch für die Einzelhandlung zu, daß in der Inflationszeit der Gesetzgeber durch seine eigenartigen Gesetze, Betriebskapital und Ersparnisse genommen hat. Wer keine Auslandsbeziehungen hatte, und solche Lieferungen kommen beim kleinen Gewerbetreibenden wohl kaum vor, mußte sehen, wie alles, was zu seinem Geschäft gehörte, jeden Tag weniger wurde. Geizig haben andere ihr Vermögen auch verloren, aber

viele haben doch wieder ein festes Einkommen, mit einer Sicherung für ihr Alter. Aus all diesen Gründen hätte die Regierung eine Pflicht, hier Steufern einzurufen, denn sie hat das Erbe des alten Staates antreten. Frage ist nur wie. Bietet sich folgender Vorschlag zu erörtern:

Das Handwerk hat sich unter Leitung tüchtiger Fachleute, im Bewußtsein, daß die Selbsthilfe immer noch der beste Weg ist, Krankentafeln, verbunden mit Sterbe- und Altersversicherungen, geschaffen, welche im allgemeinen betrachtet, ganz gut funktionieren. Sie haben nur bei einem Fehler, daß sie auf freiwilligem Beitritt beruhen, weshalb von den 1 300 000 selbständigen Handwerkmännern nur ein Bruchteil erfaßt ist. Ich glaube, wenn hier der Staat eingreift, würde, daß all die Handwerker bis zu einem Einkommen vielleicht von 6000 Mark diesen Stoffen betrieblen müßten, genügend Mittel eintommen würden, dem Handwerker bei Krankheit und Alter eine bescheidene Rente zu geben.

Jeder, der an einer gewissen führenden Stelle des Handwerks steht, weiß, daß es ohne Zwang nicht geht. Der Handwerker muß schon so viele Beiträge leisten, aber immer für andere, so daß auch für ihn selbst etwas noch übrig bleiben muß. Das ist die fällige Klage im Handwerk, daß sie immer zu bezahlen hätten, nur für sie selbst gefehle nichts.

Es darf ja die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht aufgegeben werden, aber über ist anzunehmen, daß diese nicht in weiter Ferne liegen oder es müßte ein Wunder geschehen, und diese sind selten. Mit Sorgen denken alle verantwortungsvollen Menschen in Deutschland an die am 1. September d. J. beginnenden vollen Reparationszahlungen von 2½ Milliarden RM, dazu immer wieder an das einzige Kunststück zur Gewinnung größerer Einnahmen — Währungsreform. Von all diesem wird das Handwerk nicht unberührt bleiben; deshalb müßte sich die Reichs- und Staatsregierung einmal eingehend mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Handwerks befassen; in der Erklärung der Reichsregierung sind die Hoffnungen erweckt.

Soziales

Warum 8400 Mark Versicherungsgrenze?

Die Erhöhung der Angestelltenversicherungsgrenze hat teilweise Widerspruch hervorgerufen. Der „Gewerkschaftliche Beobachter“ verweist in der „Macht“, auf die Begründung der Erhöhung zu Worte kommen zu lassen, die Gegenstände, von denen wir folgendes wiedergeben: Die Versicherungsgrenze betrug vor dem Kriege 5000 Mark jährlich. Dem gegenwärtigen Index entsprechend (152,6) müßte nun diese Grenze wenigstens auf 7500 Mark betragen. Da der Index nicht aber die volle Entwertung einschließt, müßte gesagt werden, daß die jetzige Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 8400 Mark nur die notwendige Anhebung nach oben bzw. Aufrechterhaltung des Vorkriegsstandes erreichen will. Bedauerlich wäre es, daß die jetzige Erhöhung viel zu lange hingezögert und daß durch die jetzige Anhebung ganz falsche Eindrücke erweckt worden seien. Eine Wiederanhebung mit Eintritt der Stabilisierung hätte nicht nur der jeweiligen Angleichung an die Vorkriegsverhältnisse entprochen, sondern wäre auch den Nachkriegsverhältnissen entgegengekommen, die für den besserbezahlten Angestellten ebenfalls eine „ungeheuerliche“ Stellung im Gefolge hätte.

Der Einwand, daß Angestellte mit 5 bis 7000 Mark Monatsentlohn zum größten Teil selbst in der Lage wäre, sich irgendeine freiwillig zu verschaffen, trafe nicht den Kern der Sache. Es ließe sich schließlich gleich, ob der Angestellte das Geld für die Angestelltenversicherung oder für eine Privatversicherung aufbringe. Zahlen müßte er so und aus so. Wichtig ist, daß aus der Arbeitgeberseite besser bezahlten Angestellten gegenüber zur Mitbestimmung des Beitrages verpflichtet würde und daß aus den besserbezahlten Angestellten in den späteren Jahren die Leistungen einer Versicherung zugute kämen, für die sie ihr Berufsleben lang, wenn auch zunächst niedrigere Beiträge gezahlt haben. Eine höhere Privatversicherung wäre nicht nur für den Angestellten teuer, sondern auch risikant. In Fällen z. B. wo auch der besser bezahlte Angestellte als „alterer Angestellter“ abgebaut würde, sei es ihm unmöglich, eine sozialpoligere Privatversicherung aufrecht zu erhalten. Die Aufrechterhaltung der Unvorsichtigkeit bei der Angestelltenversicherung wäre unter viel günstigeren Bedingungen möglich. — Wenn behauptet würde, daß der Reichsarbeitsminister die Grenzserhöhung wider Willen des Reichstages vorgenommen habe, so müßte darauf hingewiesen werden, daß das Gegenteil der Fall sei. Richtig nur der alte Reichstag erzielte seinerzeit vor seinem Auseinandergehen das Reichsarbeitsministerium in einer Entscheidung eine angemessene Erhöhung der Versicherungsgrenze vorzunehmen, sondern auch dem neuen Reichstag liegt eine Reihe von Entwürfen vor, in denen zum Teil eine noch weitere Erhöhung gefordert wird. Ferner ist anzunehmen, daß man dem selbstbestimmten Arbeiter die Vorteile der sozialen Gesetzgebung ebenso zugute kommen lasse, wie dem mittel- und schichtbesitzenden. Und dem höchsten (!) Beamten räume man die Pensionsberechtigung nicht minder ein wie den mittleren und den Unterbeamten. Glaubt man nur die Angestellten durch eine künstliche Scheidewand in eine schutzbedürftige und eine nichtschutzbedürftige Schicht trennen zu müssen? — In Amerika befindet sich zwar keine staatliche Zwangsversicherung, dafür haben aber (nach Professor Dr. Wanes) wohl über 100 Millionen Privatversicherungsverträge. Die sich daraus ergebende Prämienlast macht schätzungsweise dieselbe Summe aus, die unsere staatliche Sozialversicherung erfordert.

Die Demokraten und das Breslauer Reichsbanner

Mitglied des Gewerkschaftenvereins.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat der demokratische Gewerkschaftenverein in Ansbach an den Beschluß des Breslauer Reichsbanners, sich nicht an den Chyramen für den Reichsparteitag von Hindenburg zu beteiligen, den Gewerkschaften niedergelegt.

Auch die übrigen demokratischen Mitglieder des Reichsbanners, soweit sie Vorstandsämter innehaben, werden diese zur Verfügung stellen.

Die Breslauer Verhältnisse im Reichsbanner werden ebenfalls ein Sonderfall dar. Der radikale Flügel der Breslauer Sozialdemokratie hat mehrfach erkennen lassen, daß er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold alles andere als freundlich gegenübersteht, und die im Reichsbanner befindlichen Sozialdemokraten sind mehrfach als verächtlich bezeichnet worden. Schließlich haben die radikalen Sozialdemokraten auch eine radikale Abspaltung des Reichsbanners, den Sozialistischen Kampfbund, unterfützt.

Deutschnationale Ruffel

Die deutschnationalen Abgeordneten vom Freitags-Vortagshofen und Lindner werden in der offiziellen Streifenbande ihrer Partei abgelassen, weil sie vor der Defektheit, der eine in einem Zeitungszettel, der andere in einer Verammlungsrede den Jubelstahl innerhalb der Partei behandelt haben. Freitags-Vortagshofen hat den Fall Sambad als eine planmäßige Aktion des gewerkschaftlichen Flügels zur Übernahme der politischen Führung in der Partei bezeichnet, Lindner auf der anderen Seite hat den Verdacht ausgesprochen, die Arbeiter sollten aus der Partei herausgedrängt werden. Keine dieser Behauptungen sagt nach dem, was sich seit Wochen vor der breiten Öffentlichkeit abspielt, irgendeinem politischen Interferenzen etwas Neues; gleichwohl hält es die Parteileitung für nötig, auf ernstlichen Vorhaltungen zu mahnen, daß „Behauptungen über das Verhalten und die Motive von Parteifreunden“ und über die Einflüsse innerhalb der Partei nicht vor der Öffentlichkeit erörtert werden sollten, weil dadurch die Geschlossenheit der Partei gefährdet werde. Und schon, diese Mahnung kommt reichlich spät und überflüssig, wenn die geschlossene Front der Partei gefährdet wurde. Und schon, diese Mahnung kommt reichlich spät und überflüssig, wenn die geschlossene Front der Partei gefährdet wurde. Und schon, diese Mahnung kommt reichlich spät und überflüssig, wenn die geschlossene Front der Partei gefährdet wurde.

Einberufung des demokratischen Parteausschusses

Tagungen des Vorstandes und der Reichstagsfraktion.

Der demokratische Parteausschuss ist für den 21. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin einberufen worden. Einen Tag vorher, am 20. Oktober, wird der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei eine Sitzung abhalten, und eine Woche vorher findet in Dresden eine auf mehrere Tage berechnete Ferienberatung der demokratischen Reichstagsfraktion statt. In dieser Ferienberatung werden die grundsätzlichen Fragen der demokratischen Politik besprochen werden. Außerdem werden in dieser Beratung bereits die politischen Aufgaben der Sitzung des Parteivorstandes Bericht erlassen werden kann. Schließlich wird sich die Ferienberatung der demokratischen Reichstagsfraktion auch mit den in der letzten Zeit aktuell gewordenen Fragen zu beschäftigen haben.

Welt in Waffen

Die protokollarisch festgehaltenen Verhandlungen der Abrüstungskommission fallen bereits die Hände. Um die Abrüstungsfrage zu lösen, ist ein fünftägiger Rebell gelegt worden. Diplomaten und Militärs sind dabei in gleicher Weise beschäftigt gewesen. Die Männer der deutschen Abrüstungsdelegation, und allen voran Graf Bernstorff, haben zwar überdies verhandelt, was dem Wort von Definitionen das klare, Einfache und Klarheit wieder herauszuholen. An die einfachsten Dinge muß man sich erinnern, wenn die Handhabung der Abrüstung in allen Ländern dargestellt werden soll.

Deutschland hat in Krieg und Frieden 100 000 Mann unter den Waffen. Es hat keine Kampfwagen, keine Flugzeuge, es hat 1134 leichte, 793 schwere Maschinengewehre, an Geschützen sind vorhanden 288 leichte und 42 schwere Geschütze, die sich nur in der Stellung Königsberg befinden und eingebaut sind. Das französische Friedensgesetz hat 733 000 Mann Mann, die voranschlägliche Kriegsstärke beträgt 4 1/2 Millionen Mann. Mehr als 35 000 leichte und schwere Maschinengewehre, nahezu 3000 leichte und schwere Geschütze, 2500 Kampfwagen und 2200 Flugzeuge. Italien hat eine Friedensstärke von 284 000 Mann, im Kriegszustand können 2 Millionen Soldaten auf die Beine gestellt werden, 10 000 Maschinengewehre, 1800 Geschütze und 1000 Flugzeuge zählt über polnischer Nachbar zu seiner militärischen Ausrüstung.

Nach dem Stand für das Jahr 1928 hatte England 30 Großkampfschiffe, 58 Geschützte Kreuzer, 180 Torpedoboots und Torpedozüger und 56 U-Boote. Die Flotte der Vereinigten Staaten zählte im gleichen Jahr 18 Großkampfschiffe, 32 Geschützte Kreuzer, 295 Torpedoboots und Torpedozüger und 120 U-Boote. Frankreichs Kriegsstärke betrug 9 Großkampfschiffe, 16 Geschützte Kreuzer, 83 Torpedoboots und Torpedozüger und 60 U-Boote. Die deutsche Flotte kommt gegenüber diesen Zahlen überhaupt nicht in Betracht.

Die Länge der deutschen Grenze beträgt bei Frankreich einschließlich Luxemburg und Saargebiet 612 Kilometer, bei Belgien 155 Kilometer, bei Polen, die Ostgrenze mitgerechnet, 1809 Kilometer, und die deutsche Grenze gegenüber der Tschechoslowakei umfaßt auch 1852 Kilometer. Auf je 10 Kilometer dieser Grenze kann Deutschland unarmierter Soldaten 243 Mann. Reservisten sind nicht vorhanden. Auf 100 Kilometer erst kommen für Deutschland 7 leichte Geschütze, 28 leichte Maschinengewehre und 2 schwere Maschinengewehre.

Frankreich kann auf je 10 Kilometer seiner Grenze mit Deutschland aufmarschieren lassen 11 970 Soldaten, dazu kommen im Kriegszustand 57 152 Reserve-Mannschaften. Polen kann unarmierter Soldaten lassen trotz der langen Grenze 1573 Mann (Kriegsstärke), dazu im Kriegszustand 9614 Reservisten, insgesamt also 11 183 Mann gegenüber 243 deutschen Reichswehrsoldaten. Auf je 100 Kilometer kommen noch für Polen dazu: 23 schwere Geschütze, 215 schwere Maschinengewehre, 12 Kampfwagen und 55 Flugzeuge.

An Festungen sind gegenüber Deutschland vorhanden: in Frankreich 12 Festungen und zwar Brest, Straßburg, Metz, Verdun, Longwy, Belfort, Epinal, Lunéville, Nancy, Sedan. Dazu kommt noch das im Aufbau befindliche Verteidigungssystem längs der Ost- und Ostostgrenze. Belgiens Festungen sind Lüttich und Namur, Polen hat gegenüber Deutschland 14 Festungen, und zwar Braubenz, Sułk, Złotów, Ostrowo, Grodno, Słonow, Komarow, Działowa, Wagan, Kulszt, Wodzin, Warschau, Wawerow. Die Tschechoslowakei besitzt sechs Festungen, die allerdings veraltet sind, nämlich Komorn, Olmitz, Königgrätz, Preßburg, Eberesfeld, Jolefschitz.

Dagegen hat Deutschland nur sechs veraltete Festungen, die nicht modernisiert werden dürfen und mit Ausschluß von Königsberg ohne Artillerie sind. Diese sechs Festungen sind Königsberg, Breslau, Glogau, Bitterin, Ingolstadt und Bamberg, außerdem noch vier Sperren, die ebenfalls unmodern und ohne Artillerie sind, nämlich Odern, Königsstein, Reife und Wlad.

Das Defizit im kommenden Haushaltsplan

Wortlaut aus dem Reichsfinanzministerium.

In der letzten Nummer der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, des Organs des Deutschen Industrie- und Handelsvereins, nimmt in bemerkenswerter Weise Ministerialrat Dr. Wadschmann, der zu den führenden Männern im Reichsfinanzministerium gehört, das Wort, um auf die Schwierigkeiten des kommenden Etats hinzuweisen. Wirsing Ministerialrat Wadschmann betont, daß seit 1926 im ordentlichen Haushaltsplan des Reiches ein Reibungsüberschuss nicht mehr erzielt wurde, daß seit 1925 trotz ungeheurer Aufschwüngen der Wirtschaftskontinuität die ordentlichen Einnahmen zur Deckung der ordentlichen laufenden Ausgaben nicht mehr ausgereicht haben. Das gilt nach den Schätzungen auch für das laufende Jahr, bei dem der danach an sich vorhandene Reibungsüberschuss durch den letzten Weltfrüher Reibungsüberschuss und den letzten Minderertrag abgemindert wird. Dabei zeigen die Ausgaben an dieser und jener Stelle über den Normalstand, ohne daß die Einnahmen, so wie sie jetzt sind, mit ihnen Schritt halten können.

Ministerialrat Wadschmann erklärt weiter, daß größere Regelungen sich immer wieder Hilfsquellen erschließen hätten, oder Hoffnungen auf beratige Stellen sind jetzt mit dem letzten Weltfrüher Reibungsüberschuss aufgehört. Ueberlegungen jetzt bedeuten das Defizit im Reichshaushalt, mit allen Folgerungen, die sich nach dem Friedensvertrage mit seinen Nebenbedingungen ergeben können.

Bei dem großen Reibungsbedarf der nahen Zukunft — möge er auf drei, vier oder fünfhundert Millionen liegen, — eine dreifache Zahl ist es sicher, und ihre Höhe hängt we-

niger von der Entwicklung der gegenwärtigen Einnahmen oder Ausgaben als von den Ausgaben ab, die neu hinzutreten werden, die aber nicht fünfzig oder hundert Millionen ausmachen — handelt es sich um politische Fragen weitest Ausmaßes und grundsätzlicher Bedeutung, um Weltanschauungsprobleme. Und die Regierung ist schuldig daran, die hier mit der Praxis der letzten zehn Jahre, jedem Wunsch zu folgen, brechen muß. Die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, sind in dieser; sie sind eine unabweisbare Folge der Entwicklung des letzten Jahrzehnts. Doch je jetzt zur Entscheidung kommen, ist eine schwere Belastung der Regierung, die schwerer vielleicht seit Versailles, London und dem Dawesabkommen. Bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen wird sich der Vorhang heben, werden sich die Fragen erkennen lassen, aus denen sich der Kronen der Staatsprobe schätzen wird.

Eine Enklave, die nicht Enklave bleiben will

Der Gemeinderat der belgischen Gemeinde Steinbach am Taunus hat in einer einstimmig gefaßten Entscheidung die belgische Regierung um Aufhebung der für die gegenwärtigen Verhältnisse unzulässigen Sonderstellung der Gemeinde Steinbach ersucht. Das Schicksal dieser Gemeinde ist kennzeichnend für unsere gegenwärtig noch bestehenden Verhältnisse. Steinbach, ein Dorf mit 1000 Einwohnern, liegt mitten zwischen den preussischen Kreisen Main-Taunus-Ober-Taunus und Rindfleisch. Es nimmt unter allen Gemeinden die eigenartige Stellung ein und zwar deshalb, weil es 1866 einfach vergerichtet wurde und daher bei dessen-Darmstadt bis auf den heutigen Tag blieb. Lieber die veränderten Reichsverhältnisse braucht nur gesagt zu werden, daß die Gemeinde eine Waldsiedlung ist. Das Gebiet, Wald und Feld, gehören Steinbach, die juristischen Rechte aber über Preußen aus, die kommunalrechtlichen Befugnisse in Grumburg. Die Jagdverwaltung besitzt die belgische Oberförsterei Oberförsterei, den Wildfang über die preussische Polizei in Grumburg aus. Die Jagdverwaltung liegt Steinbach zu, aber der Jagdschein ist in Preußen gefaßt, werden. Woher sind alle Schritte der Bewohner von Steinbach, die unzulässigen Verhältnisse zu beseitigen, hergeschlagen. Es sind bereits jahrelange Verhandlungen über das Schicksal dieser Gemeinde geführt worden, ohne daß bis jetzt ein Ergebnis erzielt worden ist.

400 Paragraphen um Abfälle

„So sieht das deutsche Reich aus.“ In der Dresdener Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurde in der Aussprache zu einem Vortrag über „Landrentenrecht und Verwaltungsreform“ von einem Redner ausgeführt: „Ich habe neulich die Begründung des Gesetzes über die Abfälle von Edelmetalle im Hausierhandel gehabt. Dieses Gesetz ist veröffentlicht vom Reich. Im Reich waren es neun Paragraphen und die Ausführungsverordnung. Dann kamen zweihundert Paragraphen und zweihundert Paragraphen Ausführungsverordnungen der Länder dazu. Ich finde es eine vierhundert Paragraphen gekommen, um den Absatz von Edelmetalle im Hausierhandel zu regeln! So sieht das Deutsche Reich aus.“

Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

Wirtschaftsausschüsse für Vieh und Fleisch.

Für die Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachttier und Fleisch sowie für Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen, waren im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms acht Millionen RM. an Beihilfen und 22 Millionen RM. mit Regiegarantie ausgestattete Darlehen bereitgestellt. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist über diese Reichsmittel nunmehr vollkommen verfügt. Sie werden bzw. finden Verwendung für die Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schweine- und Schweißfleisch, für die Nationalisierung der Schweine- und Schweißfleisch, für die Organisation des genossenschaftlichen Verkaufes sowie zur Unterstützung und als Sicherstellungsgrundlage für die mit Regiegarantie ausgestatteten Darlehen. Solche werden auf Grund der vom Reichstag und Reichsrat genehmigten Richtlinien und in Übereinstimmung mit dem Vorschlagsbuch beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft genehmigt für die Maßnahmen der Fleischwirtschaftlichen und Schweinefleisch durch die Fleischwirtschaftlichen und Schweinefleisch für den Absatz der Fleischwirtschaftlichen, für Fleischverarbeitungsanstalten in Berlin und Hamburg sowie für die Errichtung von Fleischverarbeitungsanstalten der Landwirtschaft in Königsberg (Schweine) und in Schleswig. Den beiden letzteren sind mit Rücksicht auf die in den Provinzen Schleswig-Holstein und Ostpreußen auf dem Gebiete des Vieh- und Fleischmarktes besonders gelagerten Verhältnisse besondere Kredite gegeben worden. Bei der schleswig-holsteinischen Anlage erscheint es zur Zeit fraglich, ob sie in der geplanten Weise zustande kommen wird. Für weitere derartige Einrichtungen (siehe „Jahresberichte“) sind keine mehr zur Verfügung.

Demokratische Reichsfräuentagung

Ausfahrt zur Winterarbeit.

Vom 21.—23. September findet in Dresden eine Reichsfräuentagung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Die Tagung wird eröffnet durch die preussische Landtagsabgeordnete Martha Dönhoff. Es sprechen alsdann Stadtrat Luise Kieselbach-München über „Erfahrungen und Forderungen der Frauen in der Gemeindepolitik“. Ergänzende Referate halten die Stadtratsordnete Gertrud Gessenheiner, Rönneburg (Schürdingen); und die kommunale Arbeit einer kleinen Stadt; und Stadtratsrätin Else Graeff-Berlin über „Frauenarbeit in der Gemeinde“. Schließlich spricht noch die Stadtratsordnete Paula Mendorf, Breslau, über den Aufmarsch der Frauen zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen. In der geschlossenen Sitzung finden

alsdann die internen Verhandlungen statt. Am Sonnabend Abend wird eine öffentliche Kundgebung unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Reichsminister a. D. Dr. Kell veranlaßt über das Thema „Deutschlands innere Kräfte im Aufschwung“. Es sprechen Oberbürgerin Emma Wedemeyer-Darmstadt und Ministerpräsident a. D. Dr. Tangen-Odenburg. — Am Sonntag vormittag wird unter Leitung der Reichstagsabgeordneten Dr. Marie Elisabeth Lüders behandelt werden „Berufung — Partei — Parlament, die Grundlagen der politischen Willensbildung“. Als Redner sind vorgesehen: Regierungsrat a. D. Dr. Otto Illig-Berlin, Dr. L. Dresden, und Ernst Kemmer, Vorsitzender der deutschen Jungdemokraten, Berlin.

Nationalistische Propaganda in der Reichsbahn

Was sagt die Generaldirektion?

Dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird geschrieben: In dem D-Zug, der am 20.06.1928 über Berlin verläuft, und nach Leipzig und München geht, konnte man vor einigen Tagen eine merkwürdige Szene beobachten. In einigen Abteilen saßen Nationalsozialisten mit Abzeichen, andere trugen ihre sogenannte Uniform. Nachdem der D-Zug Berlin verlassen hatte, eilten die Herren mit hunderten von Flugblättern bemalend in die einzelnen Abteile und verteilten die nationalsozialistischen Flugblätter, die ganz auf den nationalsozialistischen Ton abgemittelt waren und die üblich unerhörte Beleidigungen gegen unsere jüdischen Mitbürger enthielten. Dieser D-Zug fährt weiter nach München, und wird in sehr großem Maße von Auslandsreisenden benutzt, die ja wohl einen sehr merkwürdigen Begriff von dieser Art deutscher Kulturpropaganda tragen. Am merkwürdigsten aber ist, daß der aufständische Beamte in Leipzig erklärte, gegen die Flugblattverteilung der Nationalsozialisten nichts unternehmen zu können. Steht die Reichsbahnverwaltung auf dem gleichen Standpunkt?

Ein empfehlenswerter Reichstagsabgeordneter

Was was für — Reuten sich unter Umständen republikantisch getrimmte Beamte heranzubilden müssen, wenn sie sich pflichtgemäß bemühen, der Verfassung und ihren Symbolen die erforderliche Achtung zu verschaffen, davon weiß insbesondere der Kandidat des Kreises Frankfurt-Berlin, Rönneburg, ein Vieh zu sagen, weil in seinem Amtsbezirk eine ungewöhnlich große Zahl von bestehenden Seebädern liegt und man weiß, daß die verfassungsmäßigen Elemente sich mit Recht dem Seebad ausführen, um dort gegen die Republik und ihre Farben zu demonstrieren. Bekanntlich hatte Kandidat Rönneburg in dem Seebad Breden, wo es auch viele Abteilungen gegen die schwarz-rot-goldene Fahne vorgenommen waren, einen Aufmarsch zum Schutze der Reichsflagge anfangen lassen, der ganz zweifellos bei der überwindenden Mehrheit der Bevölkerung zur Verurteilung der Beamten beigetragen, auf einige Personen von einer belästigenden heftigen Verfassung allerdings energig gerichtet hat. Zu diesen Personen gehört der Major a. D. Walter Buch, der Major a. D. Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Dieser Abgeordnete Buch hat, angeregt durch die landräthliche Bekanntmachung, unter dem 7. August d. J. an Herrn Rönneburg ein Schreiben gerichtet, das von Verleumdungen des Adressaten und der Republik geredet wird. Der Nationalsozialist schreibt da u. a.:

„Was Sie da tun, Ihre kleinen Vorklein, als wie Landräte und Gemeindefunktionsäre, oder Ihre größeren Vorklein als wie Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten umfamt dem Oberbürger, Innenminister, was Sie da tun, ist ebenso tödlich wie unangehörig. Ihre Lüge dem deutschen Volke vor, u. s. w. . . Die gleiche Fügung, die Sie fürs Reich und für die Partei aufzogen in dem Augenblick, als Sie Euch durch Meinel und Hochverrat in den Besitz der Macht setzten, die gleiche Fügung soll jetzt mit aller Gewalt dem Deutschen Volke aufzuzwingen werden. . . Niemals wird die Gemtschheit des deutschen Volkes die Fahne als Reichsflagge anerkennen, die sich in der größten Not des Volkes vor Meinel und Hochverrat breitet. Solange deutsche Junge klingen, werden diese Verbrechen als Schande und Schmach empfunden werden. Daran wird auch der Jude nichts ändern.“

Kandidat Rönneburg hat es natürlich abgelehnt, sich sachlich mit diesem merkwürdigen Volksvertreter auseinanderzusetzen; er hat aber kurz den „Wort“ gekennzeichnet, „mit dem Sie aus dem sicheren Schutze Ihrer Immunität heraus Ihre Beleidigungen und Beschimpfungen aussprechen“. Und er hat auf die „Körnungheit der Gemtschheit“ hingewiesen, die aus der Tatsache spricht, daß ein Mann, der es wagt, den heutigen Staat so zu beschimpfen, sich doch nicht scheut, von diesem selben Staate Pension entgegenzunehmen, also sich von ihm ernähren zu lassen. — Major a. D. Buch erzählt im Reichstagsantragbuch von sich u. a., er sei nach Soltau bei Münden übergesiedelt, „wo er sich vor allem erzieherischen Aufgaben widmete.“ Gnade Gott den unglücklichen Menschen, die die Objekte der erzieherischen Tätigkeit dieses Herrn werden!

Das ist Dr. Goebbels!

Durch die parlamentarische Immunität geht, gibt der belästigte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels in Berlin ein Blatt heraus, das sich „Der Angriff“ nennt. In der letzten Ausgabe dieses Blattes wird unter der Überschrift „S treuemanns Lebenstage“ gemeldet, daß der deutsche Außenminister an einer Kreisfräuentagung teilnimmt. Es heißt dann wörtlich:

„Als Ursache einer Kreisfräuentagung kommt entweder eine schwere Halsentzündung oder aber übermäßiger Genuß von schwerverdaulichen Speisen und Alkohol in Frage. Soviel bekannt geworden ist, hat Herr Reichsaussenminister an einer Halsentzündung in den letzten Wochen nicht gelitten.“

Die Unterstreichungen rühren von Dr. Goebbels her. Sie zeigen, wie die ganze Vernehmung, einen geistigen und moralischen Tiefstand, wie er noch nicht da war.



Bäuerliche Kreditpolitik

Umschuldung — Besitzbefestigung

Diesem beachtenswerten Aufsatz entnehmen wir der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 9. September.

Die Hauptaufgabe der deutschen Agrarpolitik nach dem Kriege ist die Hebung, Förderung und Vermehrung der selbständigen bäuerlichen Familienbetriebe. Die Millionen dieser Betriebe müssen und können in viel größerem Umfange als bisher an der Verbesserung der Produktion mitwirken und durch Steigerung ihres Verbrauchs an Betriebsmitteln (Maschinen, Dünger usw.) sowie Erhöhung ihres persönlichen Lebensbedarfes die Volkswirtschaft in einem Maße befruchten wie kein anderer Berufsstand.

Neben vielem anderen ist aber zur Erreichung dieses Zieles eine rein bäuerlich eingestellte Kreditpolitik dringende Voraussetzung. Über ebensowenig wie in Deutschland bei der Gestaltung der Steuer- oder Handelspolitik auf die bäuerlichen Interessen die notwendige Rücksicht genommen ist, so hat auch die Kreditpolitik der Vor- und Nachkriegszeit den bäuerlichen Familienbetrieb als Stiefkind behandelt. Während der Großgrundbesitz in den Landbesitz eine ausgeglichene ausgebaut und funktionierende Quelle für unfindbaren, billig verzinslichen Tilgungskredit blieb, hatte der Bauer an diesen Einrichtungen kaum nennenswerten Anteil. Dabei ist die unfindbare, billig verzinsliche Tilgungshypothek die einzige Form der Bauerbeleihung, die den Bauernhof nicht in Gefahr bringt. Wie sehr die bäuerlichen Betriebe in der Inflationszeit bei der Vergebung von Hypotheken gegenüber dem Großgrundbesitz benachteiligt worden sind, ist in der Bauernzeitung mehrfach ausgeführt (Nr. 11, 1927 und 3, 1928). Es sollen hier nur die wesentlichen errechneten Ergebnisse nochmals kurz genannt werden:

Bei Verteilung der Amerika-Anleihe haben erhalten Betriebe von:

- 1-20 ha. Größe je ha. ca. 6 Mark
- 20-50 ha. Größe je ha. ca. 11 Mark
- 50-100 ha. Größe je ha. ca. 39 Mark
- über 100 ha. Größe je ha. ca. 46 Mark

Und bei Verteilung der sogenannten Goldbilanckontokredite dürfen nach unseren Berechnungen auf die bäuerlichen Betriebe bis zu 5000 Mrk. im Einzelfalle ca. 1/2-1/3 entfallen sein, während 2/3 dieser Kredite an Kreditnehmer mit höheren Einkünften geflossen sind.

Diese Benachteiligung des bäuerlichen Familienbetriebes ist nicht etwa in der geringen Sicherheit, sondern in dem falschen Dauerkreditssystem in Deutschland begründet. Alle Dauerleihensinstitute müssen sich, die zur Befriedigung stehenden Gelder in großen Beträgen unterzubringen. Unsere Kreditpolitik richtet sich ja nicht nach allgemeinen finanziellen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen, sondern lediglich nach dem mehr oder minder großen Geschäft. Solange dieser Grundlag gilt, wird der Bauer immer der Benachteiligte sein. Es muß deshalb Abhilfe auf anderem Wege gesucht werden. Sollte es sich nicht ermöglichen lassen, daß die Produktionsanforderungen zu bäuerlichen Kreditinstituten umgestaltet werden, so wird mit Hilfe des Staates und öffentlicher Einrichtungen an die Schaffung bäuerlicher Landwirtschaftsberatungen werden müssen. Letzterer Weg wäre schon deshalb vorzuziehen, weil die Finanzämter, die nur bäuerlichen Betrieben als Darlehensgrundlage haben, wegen der größten Streifenlosigkeit des Bauernbetriebes einen höheren Kurs haben werden, als die Finanzämter der heutigen Landwirtschaften.

Während der Bauer vor dem Kriege im Regelfalle wenigstens ausreichenden kurzfristigen Betriebskredit bei den Genossenschaften erhalten konnte, hat sich gerade hierin das Bild nach der Inflationzeit trübend geändert. Die schwierigen, wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre führten mit Notwendigkeit einer immer steigenden Verpfändung des landwirtschaftlichen Betriebes herbei, und die Genossenschaften konnten trotz Vergabe großer öffentlicher Darlehen den Anforderungen nicht entzerrt nachkommen. Dazu kam noch, wie wir im letzten Winter in unseren Ausführungen über die frühere Kreditpolitik der Preußenkassen nachgewiesen haben, eine sehr starke Bevorzugung des Großgrundbesitzes. Unter diesen Umständen mußten die bäuerlichen Familienbetriebe und gerade die intensiv wirtschaftenden bei ihren Biegearten in immer drückendere Schulden geraten. Da diese Verbindlichkeiten jederzeit kündbar und sehr hoch verzinslich sind, bedeuten sie für den Bestand der Bauernhöfe eine große Gefahr.

Deshalb war der Gedanke der Umschuldung dieser Verbindlichkeiten an sich richtig und die Umschuldungskredite hätten trotz des hohen Zinsfußes allen denen noch einen gewissen Vorteil gebracht, die ihre jederzeit kündbaren Kredite noch höher verzinsen mußten. Die Höhe dieser Kreditaufnahme wird aber auf etwa 1,5 bis 2 Milliarden Mark veranschlagt. Daß bausgenüßiger die 100 Millionen Nationalkredite nicht fähbar werden, liegt auf der Hand. Aber nicht nur die geringe Summe an sich ist zu beanstanden, sondern vor allem auch die Art der Verteilung, bei der vor allem wieder die Kleinbauern in Gefahr sind, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Obwohl in den Richtlinien des Reichstages gesagt war, Kleinbauernkredite könnten ohne dingliche Sicherheiten gegeben werden, wurden von den Kreditausschüssen in jedem Falle hypothekarische Unterlagen oder Kommunalfähigkeiten verlangt. Da in der Regel beides nicht beibringt werden konnte, mußten die Antragsteller zunächst abgewiesen werden. Erstallgemeine in der Preussische Landwirtschaftsminister diesen Erklärungen der Nationalkredite in einem Erlass entgegengetreten. Ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten. Wie im übrigen die provinziellen Kreditausschüsse arbeiten, zeigt das Beispiel der Provinz Sachsen. Die gesamte Provinz Sachsen hat an Umschuldungskredit etwas mehr als 5 Millionen Mark

erhalten. Von diesem Betrage hat der Kreditausschuß für die sogenannten „Kleinbauernkredite“ 0,4 Millionen, d. h. ganze 8 Prozent zurückerhalten. Man ist uns leider nicht bekannt, welche genaue Betriebsgröße der Kreditausschuß für diese Kleinbauernbetriebe als Grenze festgelegt hat. Sie dürfte aber etwa 10 Hektar betragen. Vergleicht man den vom Kreditausschuß für die Kleinbauernbetriebe zurückgewiesenen Betrag mit den in Frage kommenden Flächen, so ergibt sich folgendes Bild: Die landwirtschaftlichen Betriebe in der Provinz Sachsen betragen im ganzen rund 2,186 Mill. Hektar. Hieron entfallen auf die Betriebsgröße bis zu 5 Hektar rund 280 000 Hektar und bis zu 10 Hektar rund 606 000 Hektar. Das macht auf die Gesamtfläche umgerechnet bei den Betrieben bis zu 5 ha. 13 Prozent und bei den Betrieben bis zu 10 Hektar 24 Proz. Also für ca. 24 Proz. der Fläche hat man ca. 8 Proz. der Kredite zurückerhalten.

Es liegt auf der Hand, daß in der heutigen Zeit, in der schuldenfreie Betriebe zur Not durchkommen, verschuldet aber von den Zinsverpflichtungen erdrückt werden, die Frage der Umschuldung zugleich eine Frage der Besitzbefestigung ist. Aus dem ungeheuren Ausmaße der Verschuldung ergibt sich die außerordentliche Bedeutung dieser Frage, die baldigst in Angriff genommen werden muß. Die Durchführung muß landwirtschaftlich freundschaftlichen Kreditinstituten, die an der Auswirkung ihrer Arbeit interessiert sind, übertragen werden. Die zunächst erforderlichen Mittel sind, wenn nach dem Muster der „Bayerischen Siedlungs- und Landbank“ gearbeitet wird, nicht erheblich und könnten zunächst aus dem von der Landwirtschaft zusammengebrachten Kapital der Rentenankreditanstalt entnommen werden. Die Durchführung einer solchen Besitzbefestigungsarbeit müßte von umsichtigen Überwachern, um einseitige Interessenpolitik auszuschließen. Die Bedeutung dieser Frage ist so groß, daß wir sie dem Reichsernährungsministerium und Landwirtschaftsministerium zur ersten Ermüdung und baldigen Ausführung anheimstellen.

Bauernvereine für Getreidepreis-Stützungsaktionen

Der Reichsländtag zeigt in der letzten Zeit, entsprechend dem „neuen Starb“ in seiner Zeitung (Umbeziehung des Präsidiums) im allgemeinen eine maßvolle Haltung bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen. Dagegen scheinen die Bauernvereine, unter Führung des Generalsekretärs, nicht mehr zu einer ähnlich vernünftigen Beschränkung ihrer Forderungen bereit zu sein. So hat kürzlich der Reichstagsabgeordnete Hordner, der der Gruppe Dr. Heim angehört, unter Hinweis auf die Einwirkung der Getreidepreise eine Ausdehnung des landwirtschaftlichen Programms gefordert: Kreditinstituten, Inzernmäßigungen, Intervention am Getreidemarkt usw. Diesen Forderungen schließt sich jetzt, wie unser Augsburger Korrespondent meldet, der „Christliche Bauernverein für Schwaben und Neuburg“ an, der — völlig zu Unrecht — von einer „katholischen Preisentwässerung“ für Getreide spricht. In einer Entschließung, die den jetzigen Getreidepreis, gemessen an den hohen Weltmarktpreisen, als „ungerhörig“ bezeichnet, ist davon die Rede, daß der Preisrückgang auf die „unbillige Bevorzugung des Auslandsgetreides“ zurückzuführen sei. Die maßgebenden Stellen vertragen bei der Preisbildung vollständig. Der Verein fordert eine sofortige Stützungsaktion auf den Getreidemarkten, ferner Steuerentlastung und Kredit- und Steuerhilfen. Widerspruch wird gegen das Vorgehen vieler Finanzämter erhoben, die durch Pfändungen und angelegentlich Beschlagnahmen den zahlungsunfähigen Landwirt zu noch schlechteren Preisen drängen. Ein solcher Versuch, die Preisbildung durch Intervention in Form von Kontingenzen und detaillierten Gesetzentwürfen niederzulegen. Ein solcher Versuch würde freilich sehr schnell erkennen lassen, daß es sich hier um ganz antwortliche Pläne handelt, die ihre Entstehung wohl nur agitatorischen Bedürfnissen verdanken.

Bezirk Halle

Halle. In Nr. 34 d. Bl. können wir mitteilen, daß der geschäftsführende Vorstand unserer Partei in Halle sofort nach Bekanntwerden der Nachricht, bei Erziehung einer Pädagogischen Akademie in der Provinz Sachsen bestehe die Gefahr Halle zu übergehen, sich mit den zuständigen Regierungs- und Landtagsstellen in Verbindung gesetzt habe, um die Akademie nach Halle zu bringen. Unsere früheren Vorgehen sind die anderen Parteien und andere interessierte Gruppen gefolgt. Schließlich hat sich auch der Schulratsausschuß des Magistrats mit der für die Stadt Halle so wichtigen Angelegenheit beschäftigt. Dabei legte der Referent im Schulratsausschuß, unser Parteifreund Herr Konrektor K. L. n. n. n., noch einmal die Gründe dar, die für die Erziehung der Akademie in Halle sprechen. Einmütig stimmte man der eingebrachten Entschließung in folgender Form zu:

Die Stadtverordneten-Versammlung stellt mit Genugung fest, daß der Magistrat bei den zuständigen Stellen für die Erziehung einer Pädagogischen Akademie in der alten Schul- und Universitätsstadt Halle mit aller Energie eingetreten ist. Die vom Magistrat in seiner Denkschrift zur Standortfrage einer preussischen Pädagogischen Akademie in der Provinz Sachsen dargelegten Tatsachen und Gründe sind von so übertragender Bedeutung, daß die Stadtverordneten-Versammlung mit großer Entschiedenheit von dem Vorschlag, die erste Akademie der Provinz Sachsen in Erfurt einzurichten, Kenntnis genommen hat.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, auch weiterhin tatkräftig dafür einzusetzen, daß Halle bei der Wahl des ersten Akademiestandes in der Provinz nicht übergangen wird.

Diese Entschließung wird der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Halle. (Bezirksverband.) Wir machen hiermit nochmals auf die vom 21. bis 23. September in Dresden stattfindende

Reichsrauentagung der DDP.

aufmerksam. Als Referentinnen werden genannt: Frau Stadtrat Luise Kießelbach-Wülfing, Frau Stadtverordnete Gertrud Geyßenheyer-Ronneburg, Frau Stadtrat Gertrud Ortel-Berlin, Frau Stadtverordnete Paula-Elendort-Breslau, Frau Oberk. rätin Emmy Weckmann-Hamburg, Frau Regierungsrätin A. D. Dr. Elise Ullrich-Wieland, Dr. L. Dresden, außerdem hiesigen Reichstagsabgeordneter Paulen-Edenborn und Reichstagsabgeordnete er Lemmer-Berlin.

Ausführendes Programm sind, soweit der Vorrat reicht auch durch die Parteizweigstellen in Halle, Hr. Braubausstraße 30, erhältlich.

Halle. Friedrich-Naumann-Bund. Auf der Versammlung am 2. September gab uns Herr Prof. Dr. Weizsäcker einen ausführlichen Bericht von der Mannheimer Tagung. Darauf wurde ein genaues Interprogramm aufgestellt, der Vorstand durch Wahl eines neuen Rates waris und einer Beisitzerin ergänzt und beschloß, die Entschließung zu den Ausführungen des Ministers vom 4. September im Parteivorstand nach Berlin weiterzugeben.

Wesphensfeld. Der Kreisparteiabend der DDP, findet Sonntag, den 23. September, vormittags 9.30 Uhr, im Stadthaus statt. Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag über die Bedeutung der kommenden Wahlen (Herr Reiter), 4. Parteireise nach Halle, 5. Anträge, 6. Verschiedenes. Jährliche Beisitzung dringlich erwünscht.

Eisleben. Die Stadt Eisleben beabsichtigt, dem ersten Präsidenten der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, als äußeres Zeichen des Gedenkens und in Anerkennung seines Wirkens an der Spitze des Reiches ein

Ehrenmal

zu errichten. Die Vorbereitung liegt in den Händen eines Ehrenauschusses und eines Arbeitsausschusses. Für die Stadtkasse hat der Herr Regierungspräsident in der Zeit vom 1. bis 30. September eine Hausammlung genehmigt. Weitere Spenden werden durch die Stadtkasse der Mannheimer Kreis und Städte auf Konto Nr. 2246, durch die Kreisleiter des Denkmalausschusses, Herrn Frehe, Klinge, Kleinstraße 2 und durch Herrn Jepsel, Zellergasse 31, entgegengenommen.

Die Einweihung des Ehrenmals ist auf den 14. Oktober 1928 festgesetzt.

Evangelische Männer und Frauen!

Die Kirchengemeinden stehen vor der Tür. Im November werden die Mitglieder der Gemeindeführer und der Gemeindevertretungen gewählt. Diese Wahl entscheidet über die Zusammensetzung der Synoden und damit über die Einwirkung der Kirche. Denn die Mitglieder der Synode sind die Träger der Kirche. Die Wahlberechtigung für die Synode ist im Wahlrecht eingetragen. Die Wählerlisten werden spätestens am 21. September geschlossen. Die Eintragung erfolgt nur auf Anmeldung.

Wer will, daß unsere evangelische Kirche die Stärkste freierr Frömmigkeit sei, wer will, daß unsere evangelische Kirche aufgebaut werde auf den Grundfesten Luthers von der Freiheit der Christenheit.

Wer will, daß unsere evang. Kirche in, nicht außer halb des Staates stehe,

wer nicht will, daß unsere evangelische Kirche, durch stilles Leben immer mehr verliert,

wer nicht will, daß unsere evang. Kirche zu einer schwächeren Abbild der katholischen Kirche wird, wer nicht will, daß unsere evang. Kirche die Zilla einer politischen Partei wird, sondern

wer will, daß die Kirche über den Parteien steht, der lasse sich sofort in die kirchliche Wählerliste seiner zuständigen Kirchengemeinde eintragen. Formulare sind bei der Kirkkler der für Sie zuständigen Kirche erhältlich und nach Ausfüllung dort abzugeben oder durch die Post dorthin zu senden.

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle. Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau, Poststraße 9.

Joh. Hoffmann

solche Apparate baut man nun nach dem Deutschen Rundfunk-1

Der Deutsche Rundfunk, ein freies Unternehmen, hat sich für alle Länder, bringt aber nicht nur Schaltungen und Zusatzapparate, sondern auch interessante Aufsätze, Seminare, Roman, Gedichte, Rätsel, und Sammelwerke und ausserordentlich interessante Programme aller europäischen Länder. Jeder kann sich in den wichtigsten amerikanischen Stationen. Die Rollen Sie bei Herrn Hoffmann, Berlin-Charlottenburg, Poststr. 122, 1000, Berlin, D. 22. — Preisliste gratis bei Postkarte an Poststr. 122, Berlin, D. 22.



Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsflörung embinden den Verlag von der Haftung für Verärgern und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abdruckrechte für die Jahrgangspfeile
Mittelschritte 10 Malbucherlei - Kürzungen
im Restanten 1 Blatt - Jahrgangspfeile
nicht durch das Verlagshaus - Verleger
Bergmann, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 37

Halle, 15. September 1928

4. Jahrgang

Die beiden Thesen in Genf

Die deutsche Abordnung ist unter Führung des Kanzlers ohne besondere Erwartungen nach Genf gegangen. Nach die öffentliche Meinung war von vornherein bestimmt, dass die deutsche Abordnung sich keinesfalls genötigt fühlen würde, den Verhandlungen, die nur formell begangen werden sollten, nachdem der Vorkriegsstand von Herr Dr. Brüning bei seiner Anwesenheit in Paris festgelegt worden war. Das ist infolgedessen nicht ganz unvernünftig, immer etwas Fähigkeiten und Gesährlichkeiten für die Politik an sich hat, zu der man sich folgerichtig Jahre hindurch bekennt. Nur in einer Beziehung gab es eine gewisse Überraschung. Es war die Rede des französischen Außenministers, die sich nicht nur sachlich scharf und abgemessen, sondern die deutsche Auffassung abgab, sondern auch mit ihrer persönlichen Zustimmung versehen war. Die Pariser Presse ist mit Ausnahme weniger Blätter die Erklärung der Abordnung zur Abrüstungsfrage ausgezeichnet. Ein Blick aber auf die hervorstechendsten Meinungen des Auslandes, namentlich der englischen wird wohl einen andern Eindruck verleiten lassen, dass die Weltmeinung nicht auf seiner Seite steht und dass man namentlich die Seitenhiebe gegen Herrn Müller als überflüssig und lächerlich empfindet. Dass die Abordnung nicht sofort Erfolge aufweisen würde, ist wenn Zeitsfragen viel positiver auftritt als früher, nur jedem Einsichtigen klar. Darauf kann es auch nicht ankommen, dass man nur die Zustimmung von ausschlaggebender Bedeutung sein kann.

Die Räumung

Es mag durchaus zurecht sein, daß auf deutscher Seite gewisse Ungleichheiten begangen worden sind. Das trifft in Genf fast überall zu. Viele Länder sind räumlich, nicht erst mit den Franzosen allein zu verhandeln, sondern sich sofort an alle beteiligten Mächte zu wenden. In der Tat ist bekanntlich immer klüger, wenn man von Anfang an kommt. Entscheidend kann es nicht sein. Ist es auch nicht. Die Vorbereitungen haben ja bereits gezeigt, daß sich zwei Thesen gegenüber stehen. Namentlich in der Räumung der sechs Mächte — man hat auch Japan in letzter Stunde zugezogen — treten sie unvermittelt einander gegenüber. Deutschland beruft sich auf den Artikel 432 des Versailler Vertrages wonach die Räumung vorzeitig zu erfolgen hat, wenn wir den guten Willen zeigen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Anführung ist auch in den Notenwechsel vor Locarno unterbritten zum Ausdruck gekommen und wurde noch kürzlich von Lloyd George in einer Unterredung als richtig bezeichnet. Sie stimmt mit dem überein, was bei den Beratungen über den Friedensvertrag selbst allseitig ausgesprochen wurde. Frankreich dagegen bezeichnet die Räumung als ein Pfand für die Sicherheit und für die Reparationsleistungen. Beides ist im Grunde nicht anders als eine Forderung, während gerade das Wesen des Damesplanes darin besteht, die Frage aus der Politik herauszunehmen und dort hin zu verlegen, wohin sie gehört, in die Wirtschaft. Eine Sicherheit aber ist überflüssig, nachdem Deutschland in den Locarno-Verträgen auf jede gewaltsame Veränderung seiner Grenzen verzichtet hat. Einwender genügen sie, aber man hat sich vergebens, wozu dann schließlich diese alte Forderung wurden.

Die Verzichtung

Herrmann Müller hat bei den Verhandlungen den deutschen Rechtsstandpunkt behauptet. Das war unbedingt erforderlich, nicht durch die sehr geistreiche französische Aktion die bestmögliche Verwirklichung gestiftet wurde. Selbstverständlich kann man von ihm absehen, nur muß das als ein Gegenfaktum angesehen werden. So ähnlich ist es Streifenmann bei seiner Unterredung mit Poincaré geschehen. Deutschland entsieht sich nicht einer freiwilligen Hürde bei der Regelung der internationalen Schuldensachen und ist auch bereit, die Vermittlung zwischen den Mächten und den Vereinigten Staaten zu übernehmen, aber das ist ein Zugeständnis, wenn natürlich auch in eigener Interesse, und hat mit der Abrüstungsfrage nicht das mindeste zu tun. An sich müssen beide getrennt behandelt werden. Seit Pariserne bewahrt, der Kanzler habe in der Konferenz am Dienstag einen Plan vorgelegt, der von den anderen als ungenügend verworfen wurde. Wir wissen darüber noch nichts, halten aber diese Darstellung für durchaus glaubwürdig. Deutschland zeigt eben eine Gesinnung, über die Reparationen zu verhandeln, kann aber nicht die Befreiung des Rheinlandes von dem Genf-

solcher Verhandlungen abhängig machen, denn das würde im Grunde nur bedeuten, daß wir auf diesem Linnee doch in die Bescheidung einwilligen. Wo hier ein Kompromiß gefunden wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. Während der Tagung des Röhrenbundes wird die Lösung vermutlich nicht gefunden werden.

Die Abrüstung

In der französischen Delegation und dementsprechend in der französischen Presse herrscht großes Erstaunen, als der Kanzler seinen Vorstoß in der Vollversammlung unternahm. Dabei war das schon von Stresemann in einer Mitteilung des Reichstages angekündigt worden. Es ist natürlich möglich, daß die Worte Herrmann Müllers scharfer ausfielen, weil die Verhandlungen bis dahin über die Abrüstung ergebnislos verlaufen waren, aber an sich haben beide Fragen auch nichts miteinander zu tun. Wenn in einem gewissen Rahmen gefügt werden, der Reichsaussenminister wäre vielleicht vorlässiger gewesen, so ist das denkbar, nur darf diese Frage nicht als eine außenpolitische betrachtet, sondern als eine internationale Programmforderung seiner Partei, die sie in allen Ländern mit gleicher Hingebtheit vertritt. Das Paul-Boncour hat eine unrichtige Ausnahme macht, ändert an der Einseitigkeit der Sozialisten nichts. Es war auch dringend notwendig, daß hier einmal offen gesprochen wurde, nachdem die Kommissionen des Röhrenbundes keinen Schritt vorwärts gekommen sind, und der Wille zur Substantio allzu deutlich in die Erscheinung getreten ist. Einzelne Meinungen des Kanzlers soll Briefe nicht vermehrt haben. Namentlich die von dem doppelten Gesicht der internationalen Politik. Damit das so, so wäre es beauerlich, wenn diese Worte immer nur auf den Kopf der Röhrenbündler, nicht gegen eine einzelne Macht und gegen die Verschleppungspolitik vieler Staaten, unter denen allerdings Frankreich eine hervorragende Rolle spielt. Briand hat sich dann eben einen Schuh angezogen, der ihm passte. Zu seiner Festigkeit lag kein Anlaß vor. Wir belagern sie, weil dadurch sein Lebenswerk gefährdet wird. Er ist der Mann der Verantwortung, einer ihrer Urheber und einer ihrer wichtigsten Träger. Daß er dabei nicht Freundesstaaten zählen kann, hat ihm ja wohl anzuhängen die Rede Lord Cusheards gezeigt, der zwar keine Kritik vermerkt, aber doch abdrückt.

Verständigungspolitik?

Es ist nicht überaus, daß sofort die Frage aufgeworfen wird, ob die bisherige Politik weiter fortgesetzt werden kann, ob es überhaupt einen Sinn hat, in der gleichen Richtung tätig zu bleiben. Die Antwort kann nur ein glattes Ja sein. All die Kritiker übersehen, daß sie uns bisher keinen ernsthaften Vorschlag machen konnten, der auch nur der Erwägung Wert gewesen wäre. Eine Anlehnung an Russland ist ausgeschlossen. Einmal bedeutet die bolschewistische Propaganda, die nicht ausgegeben werden ist, eine dauernde Gefahr, so dann verlegen auch die Sowjets über keinerlei Wachstum. Ihre Schichtarbeit für eine Offenheit bestimmt nicht aus. Dabei wollen wir die neuen Meldungen über eine weit verweigte und bedeutende Verändrung in der russischen Armee nicht einmal in Betracht ziehen. Europa kann nur seinen Wiederaufbau mit Erfolg betreiben, wenn es zur Einigung gelangt. Gelegenliche Mißerfolge dürfen diese alte Erkenntnis nicht verfehlern.

Deutschnationale Agitation

Sobald die ersten Nachrichten über die Rede Briands einzutrafen, meldete sich auch schon die deutschnationale Pressestelle zum Wort. Sie verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß man die notwendigen Folgerungen aus ihr ziehe, was doch nur heißen kann, daß man einen Kurswechsel vornimmt. Besonders erheitert dürfte dabei, daß man plötzlich für die Ehe des Kanzlers besorgt war, denn man immer bedrängte hatte und dem man noch bei der Übernahme seines Postens vorwarf, er habe kein Gefühl für deutsche Würde, da er feinerseit den Friedensvertrag unterzeichnet hätte. Das war etwas abgetragen. Wir Recht werden die Deutschnationalen daran erinnern, daß sie so im Kabinett Marx die Schließung unserer Disziplin durchgeführt haben, obwohl das doch eigentlich weit mehr gegen den nationalen Erbeerbegriff vertrieht als die Entlassungen des französischen Ministers, die ja nur in Worten und nicht in Taten wie damals bestanden. Das damit die Einheitsfront geschrieben wird, führt diese „nationalen“ Kreise nicht in mindeln, und dabei haben sie, als sie an der Macht waren, nicht den leiblichen Verlust unternommen, die ihnen so gefährlich erscheinende Außenpolitik irgendwie zu beeinflussen.

Panzerkreuzer A

Man soll die grundsätzlichen Erwörterungen über den Bau des Panzerkreuzers beiseite lassen. Die Entscheidung darüber ist sehr schwer. Es kann sehr viel dagegen gesagt werden und man kann darüber im Zweifel sein, ob auch nur jene Auffassung zutrifft, daß wir die Zugeständnisse des Versailles Vertrages ausführen müssen oder daß man gerade für die Abrüstung sich nicht von vornherein jeder Waffe begeben soll. Darauf kommt es in diesem Augenblick nicht an. Bei den Verhandlungen über den Haushalt wird ja darüber noch gesprochen werden müssen. Aber eines muß mit aller Bestimmtheit gesagt werden. Diese ganze Geschichte lohnt keine innere Krise, deren Folgen heute nicht abzuschätzen sind. Wäre es zu einem Rücktritt der sozialdemokratischen Minister gekommen, so hätte, da eine Neubildung der Regierung auf anderer Basis nicht möglich ist, die Auflösung mit Neuwahlen erfolgen müssen. Die Sozialdemokratie hätte gewiss schwerer Verluste an die Kommunisten erlitten. Das jedoch wäre nicht nur für die Konsolidierung, des Reiches und der Wirtschaftsbereitschaft geradezu verhängnisvoll geworden, sondern hätte auch angelehnt der schlechten Konjunktur und der steigenden Zahl der Erwerbslosen erhebliche Gefahren heraufbeschworen. Hinzu kommt, daß wahrscheinlich die Zersplitterung weiter gegangen wäre. Gerade wer eine Demokratisierung des Staatswesens erstrebt, wird das für ein Unglück halten. Deshalb ist das tätliche Gescheh der Sozialdemokraten restlos anzuerkennen. Der Parteiausgleich hat die Haltung der Minister missbilligt und sich gegen den Kreuzer ausgesprochen, was sehr gut Recht ist. Aber er wollte von einer Krise nichts wissen, er hat auch sich einmündig gegen das kommunistische Volksbegehren gewandt, das ja nur Negationswunden dient. So bald es sich um die Abrüstung handelt, ist die Politik zu erziehen.

Graf Brockdorf-Rangau

Fähig und unerwartet ist Brockdorf-Rangau aus dem Leben geschieden. Wir sind nicht recht getaugt an Staatsmännern, um seinen Verlust leicht zu beschmerzen. Er gehörte zu den besten, die uns die Weltkenntnis der Vergangenheit hinterlassen hat. Mit Dant erinneren wir uns an seine Haltung in Versailles, wo seine Erscheinung im Sinne nationaler Würde ausgezeichnet gewirkt hat. Er hat in allen Zwischenfällen die Beziehungen zu Ausland aufrecht erhalten und sich damit ein Verdienst erworben. Dieser Sohn der Aristokratie, der äußerlich all ihre Merkmal trug, ist ein tapferer Befehrer des demokratischen Gedankens gewesen schon zu einer Zeit, als das seine Förderung verbrach. Erre seinem Angehörigen. Er wird schwer zu ersetzen sein. Richard May.

Reichsbankpräsident und Staatshilfe

Fragen der Reichsbank sind von fallenden Höchstpunkten gegessen des Schaft kennbar in ihrem unterliegenden der diese Vorläufe mit der werden, und er gefaßrufer Wschlich, unabhilfliche, Besugnahme in Artidum, Bilanz ein stellen müssen. Der Anstielung der Verfüzung, die im Vorlauf unterbreitet war, als bald wieder Selbstbestimmung und Selbstvertrauen gefolgt sind und daß man in ruhiger Übertheit der politischen Entwicklung, die die wirtschaftliche je ausfallaggebe bedingen wird, entgegensteht.

